

V-3-147 Die Lage in Israel und Palästina und die Auswirkungen auf unser Zusammenleben in Berlin

Antragsteller*in: Leonie Wingerath (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu V-3

Von Zeile 146 bis 152:

Berlin nur unnötig an. Die Universitäten sollten möglichst frei ohne Einmischung von außen agieren und ihre Konflikte lösen können, ~~dabei aber auch~~. Denn für staatenlose, palästinensische Studierende kann die Anwesenheit der Polizei einer existenziellen Bedrohung gleichkommen, da für sie stetig die Gefahr der Abschiebung im Raum steht. Für jüdische Studierende Sicherheit garantieren können Parolen, Plakate und Besmierungen generationale Traumata wecken. Das Ziel muss sein, dass beide Gruppen unbeschwert studieren können. Gleichzeitig muss für alle eine Teilnahme am demokratischen Diskurs möglich sein - unabhängig davon, ob sie sich israelsolidarisch oder propalästinensisch positionieren. Offene Briefe, Proteste und Hochschulbesetzungen sind legitime demokratische Mittel und Teil eines demokratischen Diskurses an Hochschulen. Antisemitismus und Rassismus allerdings muss klar entgegengetreten werden. Wir sind überzeugt, dass beides möglich ist. Staatliche Eingriffe oder administrativer Druck, die darauf abzielen, kritische wissenschaftliche Diskurse unangemessen zu beschränken, schaden uns als Gesellschaft. Das ~~heißt, Ideen kann heißen~~, Meinungen ~~und Gedanken zuzulassen~~ aushalten zu müssen, die ~~anstößig, ungewöhnlich oder marginal erscheinen~~ mögen nicht mit der eigenen übereinstimmen.

Begründung

Ich wollte die Vulnerabilität beider Gruppen verdeutlichen und dass sich klar zu Hochschulbesetzungen positioniert wird.

Unterstützer*innen

Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Martin Forberg (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Asena Baykal (KV Berlin-Mitte); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte)